Edmund Pech

Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die Volksschulen in den „wendischen und gemischtsprachigen Gebieten“ in Sachsen

Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, feierten noch am Abend desselben Tages auch die Nationalsozialisten in der sächsischen Oberlausitz die „Machtergreifung“. In den größeren Städten formierte sich die SA spontan zu Fackelzügen. In Sachsen hatte der Nationalsozialismus schon ab 1930, ähnlich wie in vielen anderen Regionen des Deutschen Reichs, einen starken Zulauf aus allen Schichten der deutschen Bevölkerung verzeichnen können. Die Hinwendung zur NSDAP bedeutete nicht unbedingt die Identifizierung mit dem weltanschaulichen Radikalismus der Partei, sondern vor allem die Erwartung einer „völkischen Erneuerung“. Die Formel von der Volksgemeinschaft, neben dem Führermythos das wirksamste Element der nationalsozialistischen Propaganda, weckte bei vielen Anhängern die Erwartung von mehr sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit. Unter den Sympathisanten befanden sich Kleinbauern und Handwerker, die sich die Überwindung der Wirtschaftskrise und mehr soziale Gerechtigkeit erhofften. Großbäuerliche Vertreter und bürgerliche Kreise wurden hingegen von der Modernisierungsidee und der Verheißung der Wiederherstellung nationaler Größe angezogen. In dem „Erneuerungs- und Jugendpathos“ lag insbesondere für die Jüngeren das Attraktive am Nationalsozialismus. Die sehr unterschiedlichen Erwartungen der Wählerschaft konnten von keiner anderen Partei so mustergültig bedient werden wie von der NSDAP. Schon bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag im September 1930 war sie mit 18,3 Prozent Stimmenanteil hinter der SPD zweitstärkste Partei. Im Juli 1932 bei der Abstimmung zum gesamtdeutschen Parlament erreichte die NSDAP sogar 37,4 Prozent und bei den letzten freien Wahlen im November 1932 nochmals 33,1 Prozent (2. SPD: 20,4 Prozent; 3. KPD: 16,9 Prozent; 4. Zentrum: 15,0 Prozent).[1]

Das Verhalten der Mehrheit der Bevölkerung im Deutschen Reich lässt sich auch auf die sächsische Oberlausitz übertragen. Dies belegen unter anderem die Ergebnisse zur Reichstagswahl im November 1932. Der Stimmenanteil der Nationalsozialisten lag hier zum Teil über dem landesweiten Durchschnitt von 33,1 Prozent, und zwar in den Amtshauptmannschaften Bautzen bei 35,3 Prozent, Kamenz bei 37,8 Prozent und Löbau bei 31,2 Prozent. Die weitere regionale Aufschlüsselung zeigt in den zweisprachigen (evangelischen) Ortschaften keine nennenswerten Unterschiede des Wahlresultats im Vergleich zu deutschen Dörfern. In den kleinbäuerlich dominierten Kommunen, die besonders unter der wirtschaftlichen Misere zu leiden hatten, ging jede zweite Stimme an die NSDAP. In den Industriedörfern mussten sich jedoch die Nationalsozialisten der starken Konkurrenz von SPD und KPD erwehren. Auch viele Mitglieder der sorbischen Turnvereine „Sokol“ standen den linken Arbeiterparteien nahe. Die sorbischen Wähler der NSDAP hofften allerdings, dass Hitler „auch dem kleinen Wendenvolk Verständnis und Gerechtigkeit entgegenbringt“, wie im Februar 1932 exemplarisch Jan Kerk aus

[1] Vgl. Hans-Ulrich Thamer: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, München 1998, S. 182 f.

Rachlau, Amtshauptmannschaft Bautzen, formulierte: „Der bewusste Wende hat noch Nationalgefühl, und es ist bestimmt, dass der Nationalsozialismus dies achtet. Die Wenden blicken voll Vertrauen auf Adolf Hitler, weil sie wissen, dass er nicht nur die Freiheit Deutschlands verbürgen kann, sondern auch dem kleinen Wendenvolk Verständnis und Gerechtigkeit entgegenbringt, obwohl es in seinem Volkstum auch jetzt nicht benachteiligt wird.“[2]

In den sorbischen katholischen Dörfern hingegen wurde der Nationalsozialismus mehrheitlich abgelehnt. Die Wahlberechtigten stimmten meist für das Zentrum, die Partei des politischen Katholizismus in Deutschland. Das schlechte Abschneiden der NSDAP lag daran, dass die katholische Kirche aus weltanschaulichen Gründen Hitler scharf zurückwies. Auch der die sorbischen Katholiken repräsentierende Cyrill-Methodius-Verein hatte schon 1930 in seiner Zeitschrift „Katolski Posoł“ vor dem Nationalsozialismus gewarnt: „Kann ein guter Katholik die Nationalsozialisten wählen? Niemals, denn dies sind Menschen, die ohne jedes Gewissen die bestehende Ordnung stürzen wollen, um selbst an die Macht zu gelangen. Die Nationalsozialisten streben die Diktatur einiger radikaler Nationalisten an. ‚Gegen Juden und Jesuiten‘ lautet ihr Schlagwort. […] Jedes Mitglied unseres Cyrill-Methodius-Vereins ist an sein Gewissen gebunden. Es kann niemals die Nationalsozialisten wählen!“[3] Doch Ende 1932 begann sich die Richtung der Zentrums-Politik zu ändern, indem sich deren Vertreter im Bündnis mit weiteren konservativen Parteien an Versuchen beteiligten, die NSDAP durch Einbindung in die Regierungsverantwortung zu „zähmen“. Durch diese Haltung und weitere günstige Umstände gelang es Hitler schließlich, eine tragfähige Koalition zu bilden und die Macht zu ergreifen.

Obwohl sich die Nationalsozialisten vor 1933 in der Sorbenfrage zurückhielten, konnte manch kritischer Beobachter den Zwiespalt zwischen Nationalsozialismus und sorbischer nationaler Bewegung erkennen. NS-Kreise beschworen gegenüber den Sorben immer wieder den beliebten Vorwurf der Irredenta. So hatte bereits Anfang 1931 die amtliche Tageszeitung der NSDAP in Sachsen „Der Freiheitskampf“ die rhetorische Frage aufgeworfen: „Ist es harmlos, wenn im slawischen Kongress von maßgeblicher Seite angesichts der Wenden von diesen als den ‚unbefreiten Brüdern‘ gesprochen wird, oder wenn auf einem tschechischen Sokolfest unter Beteiligung der Wenden die Deutschen als Feinde bezeichnet werden, oder wenn wendische Sokols in Prager Kasernen unter tschechischem Kommando ausgebildet werden?“[4] Nach Hitlers Machtübernahme kam es bald zu direkten Repressalien gegen führende sorbische Vertreter. Einige Sorben wurden in Schutzhaft genommen, das Erscheinen der Tageszeitung „Serbske Nowiny“ für acht Tage verboten und das Wendische Haus in Bautzen besetzt.

Die deutsche Schulpolitik in der Lausitz wurde im Frühjahr 1933 verschärft, allerdings ohne die Auseinandersetzungen zu radikalisieren bzw. einen direkten Bruch zur Politik der Weimarer Republik herbeizuführen. Die sächsische Schule war schon vor 1933 den deutschen nationalen Prinzipien verpflichtet. So hieß es im Landeslehrplan, der für die Ära der Weimarer Republik galt, dass das „deutsche Volkstum […] zum

---

[2] Johannes Strauch: Nationalsozialismus und Wendentum, in: Der Freiheitskampf 3 (4.2.1932) 29, S. 3. Zitiert nach Timo Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht. Tschechen und Sorben (Wenden) 1914–1945, Berlin 2000, S. 69.

[3] Katolski Posoł 68 (21.6.1930) 25.

[4] Unser Kampf im Bezirk Bautzen. Germanisierung oder Slawisierung?, in: Der Freiheitskampf. Amtliche Tageszeitung der N.S.D.A.P. Gau Sachsen 2 (30.1.1933) 25, S. 11. Zitiert nach Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht, S. 69.

stofflichen Auswahlprinzip und zum tragenden Gedanken der Schulerziehung“ zu machen sei: „Die Volksschule hat aus der Fülle der Bildungsgüter nur die Gebiete auszuwählen, die allen Gliedern der deutschen Volksgemeinschaft zugänglich gemacht werden sollen, die für alle Glieder des deutschen Volkes von Bedeutung, Wert und unentbehrlich sind. Sie hat also das deutsche Volkstum zum stofflichen, zum Auswahlprinzip und damit das Deutschtum zum tragenden Gedanken der ganzen Schulerziehung zu machen.“[5] Im sächsischen Lehrplan waren, abgesehen vom Sprachunterricht, keine weiteren Themen zur sorbischen Geschichte, Literatur und Kultur vorgesehen.[6]

Als die Nationalsozialisten die Macht ergriffen, besaßen sie zunächst kein aus ideologischen Prinzipien abgeleitetes umfassendes Konzept für die Schulpolitik. Allerdings kam es zu einigen Verschiebungen in der Unterrichtsgestaltung. In der von Hitler geforderten „neuen Schule“ mit dem Bildungsziel der „Erziehung zum nationalsozialistischen Menschen“ stand der Deutschunterricht im Mittelpunkt. Gemeinsam mit dem Geschichtsunterricht sollte die Erziehungsschule mit bewusst nationalsozialistischer Prägung „die deutsche Wesensart erkennen lassen, das politische Selbstbewusstsein stärken und den neuen deutschen Menschen bilden“. Auch die körperliche Ertüchtigung erfuhr eine stärkere Betonung. Der Sonnabend jeder Schulwoche wurde unterrichtsfrei und stand den Mitgliedern der Hitlerjugend (HJ) für den Dienst in dieser Organisation zur Verfügung. Für die Schüler, die nicht der HJ angehörten, war zur gleichen Zeit ein zweistündiger nationalpolitischer Unterricht angesetzt, der durch Sport, Basteln und Wanderungen ergänzt werden sollte.[7] Die Unterrichtsstoffe stammten aus dem Ideengut des Nationalsozialismus und beschäftigten sich mit Themen wie „Der Führer, sein Leben und seine Persönlichkeit“, „Das Dritte Reich“, „Außenpolitik“, „Weltanschauung“, „Nordische Rasse – heldische Lebensauffassung“ oder „Der Jude als Gegentyp“.[8] Um die notwendigen Freiräume für die Veränderungen zu schaffen, mussten andere Fächer an Bedeutung verlieren.[9] Eine schnelle und unbürokratische Lösung erhofften sich die sächsischen Nationalsozialisten in Bezug auf den fakultativen sorbischen Sprachunterricht. Wiewohl nach dem sächsischen Übergangsschulgesetz für das Volksschulwesen aus dem Jahr 1919 wöchentlich drei Stunden für das Erlernen der sorbischen Sprache vorgesehen waren, wurde der Unterricht zu ungünstigen Zeiten am späten Nachmittag angeordnet sowie an einigen Schulen durch das Eingreifen regionaler Schul- und Verwaltungsbehörden aufgegeben. In einigen Fällen wurden sogar Schulen mit einem Anteil an sorbischen Schülern von über 50 Prozent als deutsche Bildungseinrichtungen deklariert und somit der Sorbischunterricht eingestellt, so in Obergurig oder Milkel,

---

5 Vgl. Marianne Krüger-Potratz/Dirk Jasper/Ferdinande Knabe (Hg.): „Fremdsprachige Volksteile“ und deutsche Schule. Schulpolitik für die Kinder der autochthonen Minderheiten in der Weimarer Republik – ein Quellen- und Arbeitsbuch, Münster 1998, S. 227.

6 Ausführlicher dazu Edmund Pech: Deutsche Schulpolitik in der zweisprachigen Lausitz 1918–1933, in: Lětopis 49 (2002) 2, S. 3–16, hier: S. 6.

7 Rolf Eilers: Die NS-Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat, Köln-Opladen 1963, S. 16 f., 123.

8 Vgl. Otto Preiss: Der Staatsjugendtag in der Schule, Langensalza 1935; ferner Lieselotte Helbing: Die preußisch-deutsche Schulpolitik gegenüber der polnischen Minderheit in der Zwischenkriegszeit und der Aufbau eines polnischen Minderheitenschulwesens in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Regierungsbezirkes Allenstein 1919–1939, Hamburg 1995, S. 228 f.

9 Vgl. Reinhard Dithmar: Richtlinien und Realität. Deutschunterricht im Gymnasium nach der „Machtergreifung“, in: Dithmar (Hg.): Schule und Unterricht im Dritten Reich, Neuwied 1989, S. 21–37, hier: S. 22.

Amtshauptmannschaft Bautzen. Gerade in den evangelischen Gebieten der sächsischen Oberlausitz zeigte sich ein quantitativer Einbruch beim fakultativen sorbischen Sprachunterricht, wie die Statistiken für 1925 und 1933 ausweisen. Im Jahr 1925 beteiligten sich im vorwiegend evangelischen Bautzener Schulamtsbezirk daran 2 295 Kinder, 1933 nur noch 1 526. Schon 1925 bezeugte nur jeder zehnte sorbische Schüler Interesse an dem fakultativen Unterricht und 1933 war die Zahl der Beteiligten nochmals um ein Drittel zurückgegangen. Anders war die Situation im sorbischen katholischen Siedlungsgebiet. In den zweisprachigen Schulen des Kamenzer Schulaufsichtsbezirks war die Teilnahme am sorbischen Sprachunterricht sogar deutlich gestiegen: von etwa 1 000 Schülern im Jahr 1925 auf 1 346 im Juli 1933.[10] Das bedeutete, dass sich an diesen Schulen 1933 fast alle Kinder am fakultativen Sprachunterricht beteiligten.

Die unterschiedliche Situation innerhalb der zweisprachigen Regionen wurde auch von den Behörden wahrgenommen. Ihnen war bewusst, dass es vor allem im katholischen Siedlungsgebiet bei eventuellen Einschnitten im Sprachunterricht zu Protesten von Seiten der Lehrer, der Pfarrer und der Bevölkerung kommen würde. Deshalb sollten zunächst die sorbischen Lehrer an diesen Schulen durch verschiedene Androhungen verunsichert werden. Der Kreisschulrat von Kamenz verfügte im Frühjahr 1933, dass sich die Mitglieder der „Freien Arbeitsgemeinschaft katholischer Lehrer der wendischen Lausitz“ in ihren Versammlungen nur noch der deutschen Sprache bedienen dürften. Die Veranstaltungen der sorbischen katholischen Lehrerschaft wurden auf seine Veranlassung hin von regionalen NS-Vertretern bzw. Verantwortlichen des Deutschen Lehrerbunds besucht, die den bisher üblichen Ablauf der Zusammenkünfte störten, indem sie u. a. den Gebrauch der deutschen Sprache verlangten. Die Auseinandersetzungen waren zudem politisch motiviert, denn die nationalsozialistische Ideologie sollte auch in der katholischen Region Fuß fassen. Um diese Maßnahmen umsetzen zu können, plante man eine zügige Auflösung der sorbischen katholischen Lehrerorganisation: „Wenn man mir bei meinen Ausführungen über die Erziehungsziele spontan Beifall zollte, weiß ich doch genau, dass man in diesen Kreisen unter allen Umständen versuchen wird, das große Werk unseres Volkskanzlers Adolf Hitler nach allen Kräften zu sabotieren. In den katholischen Lehrerverbänden ist diesen Leuten noch heute hierzu Gelegenheit gegeben. Rotten wir darum diese Verbände aus, und wir schaffen damit eine aufklärende Wirkung in diesen Reihen, da der Einfluss der Pfaffen in den katholischen Gegenden des Bezirks noch immer ein sehr großer zu sein scheint, besonders bei den älteren Kollegen.“[11] Die Umgestaltung sollte durch einen möglichst weitgehenden Personalwechsel bei der Lehrerschaft unterstützt werden. An den zweisprachigen Schulen im Schulaufsichtsbezirk Kamenz war im Frühjahr 1933 durch frühzeitige Pensionierungen und erste Ausweisungen von Pädagogen die personelle Zusammenstellung der Lehrerkollektive zuungunsten des Sorbischen verändert worden. Dies betraf die Schulen in Crostwitz, Nebelschütz, Panschwitz, Rosenthal, Räckelwitz und Ostro. Die Eltern protestierten gegen die Versetzungen und die zielgerichtete Anstellung nichtkatholischer und deutscher Lehrkräfte – jedoch ohne Erfolg. Aber auch an evangelischen Schulen im Schulaufsichtsbezirk Bautzen war es zu Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer gekommen und in zwei Fällen mussten sorbische Pädagogen ihre bisherige Wirkungsstätte verlassen.

---

[10] SäHStA, Außenstelle Bautzen, KHS 14387, Statistik des Ministeriums für Volksbildung in Dresden vom Juli 1933.

[11] Ebenda, SKA W IV 4 C, Stimmungsbericht über eine Tagung wendischer Lehrer, 20. 7. 1933.

Im Sommer 1933 endete zunächst die repressive sächsische Sorbenpolitik, was u. a. auf die modifizierte Reichsminderheitenpolitik zurückzuführen war. In seiner Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 hatte sich Adolf Hitler gegen Assimilierungsbestrebungen jeglicher Art ausgesprochen: „Wir kennen auch daher nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genauso fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker und wir wissen, dass kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte.“[12] Auf diese Aussagen Hitlers haben auch sorbische Vertreter bei Verhandlungen mit staatlichen Behörden gern Bezug genommen. Darüber hinaus trug die Entspannung in der Sorbenfrage der außenpolitischen Situation Rechnung. Da sich im Ausland die besorgten Stimmen über die Lage der Sorben in Deutschland mehrten, sah sich das Auswärtige Amt in Berlin veranlasst, von der sächsischen Regierung Aufklärung über die gegen die Sorben getroffenen Schritte zu verlangen. Druck übten besonders die deutschen diplomatischen Vertretungen in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien aus, die zu Recht die Befürchtung äußerten, dass die Behandlung der Sorben sich negativ auf die deutschen Minderheiten im Ausland auswirken werde. Den Höhepunkt der Protestaktionen im slawischen Ausland hatte am 5. Juli 1933 eine Kundgebung in der Tschechoslowakischen Republik gebildet, die von etwa 30 000 Personen besucht worden war. Die örtlichen Instanzen in der Lausitz, welche noch im Frühjahr mit Repressalien die sorbische Frage angegangen waren, verfolgten nun auf Wunsch des Auswärtigen Amts Berlin eine gemäßigtere Vorgehensweise. Um die bestehenden Spannungen abzubauen empfahl die Regierung in Dresden für die nahe Zukunft eine vorsichtigere Gangart: „Die sächsische Staatsregierung ist der Auffassung, dass dieses Gefühl der Unsicherheit, das sich leicht zu dem Gefühl der Unterdrückung steigern könnte, von den Wenden genommen werden muss. Sie beabsichtigt daher in allernächster Zeit, auf die Wenden beruhigend einzuwirken und ihnen durch die Amtshauptmannschaft Bautzen als die für die Wendenangelegenheiten zunächst zuständige Dienststelle die Zusicherung zu geben, dass die Regierung der nationalen Erhebung nicht daran denkt, die Wenden zu unterdrücken, sie etwa gewaltsam zu assimilieren oder sie in der Ausübung und Pflege ihrer kulturellen Eigenart zu behindern, solange damit nicht staatsfeindliche Bestrebungen gefördert werden.“[13] Ende August 1933 lud das Auswärtige Amt in Berlin zu einer Sondersitzung in der Sorbenfrage ein, an der führende Vertreter des Reichsministeriums des Innern, des Preußischen Ministeriums des Innern, des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sowie der Sächsischen Staatskanzlei Dresden teilnahmen. Wie aus dem Protokoll dieser Sitzung hervorgeht, wurde in der Behandlung der sorbischen Angelegenheit völlige Übereinstimmung erzielt: „Die Wendenfrage sei auch weiterhin in tolerantem Geiste zu behandeln. Die sächsische Regierung wird demnächst die von ihr geplante, beruhigende

---

[12] Zitiert nach Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen. Bd. 1: 1932–1938, Würzburg 1962, S. 273.

[13] PAAA, Kulturabteilung (IV) – Minderheiten. Wenden in Deutschland R 60514, Bl. 86–92, Sächsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Dresden an das Auswärtige Amt Berlin, Dresden 24. 8. 1933. Zitiert nach Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht, S. 73.

Erklärung gegenüber den Wenden abgeben.“[14] Dabei sollte der Gebrauch der sorbischen Sprache in geschlossenen Versammlungen weiter gestattet sein und bei etwaigen Maßnahmen gegen Lehrer nur mit tunlichster Zurückhaltung vorgegangen werden. Die außenpolitische Dimension der Frage sollte durch Erklärungen in der Presse des Auslands bereinigt werden, dies betraf insbesondere die Tschechoslowakei und Jugoslawien, in deren Staatsverbänden größere deutsche Minderheitengruppen lebten.[15] Für das sorbische katholische Siedlungsgebiet schienen von dem am 20. Juli 1933 abgeschlossenen Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich ebenfalls positive Zeichen für die Beachtung der Religion und Nationalität auszugehen. In Artikel 29 war festgelegt: „Die innerhalb des Deutschen Reiches wohnhaften katholischen Angehörigen einer nichtdeutschen völkischen Minderheit werden bezüglich der Berücksichtigung ihrer Muttersprache in Gottesdienst, Religionsunterricht und kirchlichem Vereinswesen nicht weniger günstig gestellt werden, als der rechtlichen und tatsächlichen Lage der Angehörigen deutscher Abstammung und Sprache innerhalb des Gebietes des entsprechenden fremden Staates entspricht.“[16]

Aufgrund dessen mussten die sächsischen Behörden ihre Taktik ändern und in der Sorbenfrage wieder zur Strategie der „versteckten Germanisierungspolitik“ zurückkehren, wie sie schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik praktiziert worden war. Das zeigte sich etwa bei der Ausbildung sorbischer Lehrkräfte. Obwohl ein Mangel an zweisprachigen Pädagogen bestand, wies das Kultusministerium in Sachsen aufgrund des allgemein gültigen Numerus clausus sorbische Lehramtsanwärter zurück. Außerdem wurden häufiger als bisher sorbische Absolventen an deutschen Schulen außerhalb des zweisprachigen Gebiets beschäftigt. Diese Praxis sowie eine gezielte Versetzung der in politischer und nationaler Hinsicht verdächtigen Lehrer im Frühjahr 1933 verschärfte die Lage in der Lausitz. Die Domowina musste im November 1934 feststellen, dass an den sorbischen Schulen im Schulaufsichtsbereich Kamenz mehr als die Hälfte der Lehrer Deutsche waren, obwohl die Einrichtungen ausschließlich von sorbischen Kindern besucht wurden. Trotzdem verweigerte das Kultusministerium wiederholt sorbischen Kandidaten die Aufnahme eines Pädagogikstudiums. Für das Studienjahr 1935/36 gingen an den Pädagogischen Instituten der Universität Leipzig bzw. der Technischen Hochschule Dresden sechs Studienbewerbungen von Sorben ein. Das Kultusministerium ließ, bevor es eine Studienzulassung erteilte, die Anwärter in politischer und nationaler Hinsicht überprüfen: „Die Gesuche Zimmermann und Lattke werden ohne Einschränkung befürwortet. Gegen eine Genehmigung der Gesuche Just, aber auch Ziesch bestehen gewisse Bedenken, wennschon ein abschließendes Urteil über die derzeitige Einstellung und die voraussichtliche Entwicklung der Genannten in politischer Hinsicht zur Zeit nicht möglich ist. Dahingegen bestehen gegen eine Genehmigung des Gesuches Nauke schwerwiegendere Bedenken, da es wahrscheinlich ist, dass N., schon unter dem Einfluss seines Vaters [Michał Nawka – E. P.] und Bruders Anton N., in das gleiche radikale Fahrwasser wie diese geraten wird. Ich glaube daher schon heute seine Eignung als Volksschullehrer im gemischtsprachigen Gebiete, vom Standpunkte der Wendenfra-

---

[14] Ebenda, Bl. 137–144, Protokoll über die Sitzung im Auswärtigen Amt am Mittwoch, den 30. August 1933, betreffend die Behandlung der Wenden im Deutschen Reich, Berlin 30. 8. 1933. Zitiert nach Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht, S. 74.

[15] Ausführlicher dazu: Ebenda.

[16] Alfons Kupper: Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, Mainz 1969, S. 207. Vgl. auch Helbing: Die preußisch-deutsche Schulpolitik gegenüber der polnischen Minderheit, S. 212.

ge aus, verneinen zu müssen."[17] Aufgrund dieser Nachforschungen wurde schließlich bis auf zwei Kandidaten allen anderen das Studium verwehrt. Pawoł Nedo, der sich als Vorsitzender der Domowina vehement für die Ausbildung sorbischer Lehrer einsetzte, protestierte auch in diesem Fall, jedoch ohne Erfolg. Immer wieder versuchte er durch Eingaben doch noch eine Zulassung einzelner sorbischer Gymnasiasten zu erwirken. Das gelang ihm zwischen 1934 und 1936 aber lediglich in zwei oder drei Fällen.[18]

Im Jahr 1935 hatte das Defizit an sorbischen Lehrern weiter zugenommen. An der Schule in Crostwitz waren von sieben Lehrern lediglich zwei sorbischer Nationalität, während es 1931 noch fünf waren. In Räckelwitz verblieb unter vier Lehrern ein einziger Sorbe. In Cunnewitz verließ der letzte sorbische Lehrer die Schule, während ein deutscher Pädagoge angestellt wurde. Das führte schließlich zu unübersehbaren pädagogischen Problemen, da sich die Lehrkräfte in den unteren Klassen mit den vielfach nur sorbisch sprechenden Schülern nicht verständigen konnten, wie eine Beschwerde der Eltern belegt: „Nach dem Weggang des Herrn Oberlehrer Heine ist an unserer Volksschule in Cunnewitz, die nahezu nur von wendischen Kindern besucht wird, überhaupt kein wendischer Lehrer mehr tätig. […] Da die Lehrkräfte nicht wendisch können, haben sie überhaupt keine Möglichkeit, sich in den Unterklassen mit den Kindern zu verständigen. Man ist deshalb dazu übergegangen, in den unteren Klassen größere Kinder als Dolmetscher zu verwenden. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, dass solche Zustände in jeder Hinsicht unerträglich sind. […] Wir bitten und fordern deshalb, dass mit sofortiger Wirkung ein wendischer katholischer Lehrer an die hiesige Schule versetzt wird."[19]

Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich im sorbischen evangelischen Siedlungsgebiet, wobei sich dort die Lage vielfach noch prekärer gestaltete. An der Schule in Neudorf/Spree, Amtshauptmannschaft Bautzen, erreichte der einzige sorbische Lehrer das Pensionsalter und wurde durch eine deutsche Lehrkraft ersetzt. Die Eltern protestierten in mehreren Briefen beim sächsischen Kultusministerium und forderten einen sorbischen Pädagogen. Die Beschwerden waren wie in weiteren vergleichbaren Fällen wirkungslos. Eine steigende Zahl von Schulen im zweisprachigen Gebiet blieb ohne sorbische Lehrer, während junge zweisprachige Lehrkräfte in Mittel- und Westsachsen beschäftigt wurden. Allein 1935 erhielten drei Absolventen eine Lehrerstelle in Leipzig, Werdau bzw. Chemnitz zugewiesen.[20] Obwohl sich die Domowina für eine angemessene Berücksichtigung des Sorbischen an den Schulen einsetzte, blieb ihr Handlungsspielraum begrenzt. Um über eine Verhandlungsgrundlage gegenüber den Behörden zu verfügen, erarbeitete Pawoł Nedo einen Fragebogen für alle Schulen im zweisprachigen Gebiet. Er bat um Informationen über die Anzahl der Lehrer und deren sorbische Sprachkenntnisse, die Anzahl der sorbischen Schüler sowie derjenigen, die am Sorbisch-Unterricht teilnahmen. Seine Bemühungen wurden von der Schulbehörde boykot-

---

17 SäHStA, Außenstelle Bautzen, W IV 3 E, Gesuche wendischer Abiturienten um Zulassung zum Studium des Volksschullehrerfaches, März 1935.

18 Vgl. Annett Bresan: Pawoł Nedo 1908–1984. Ein biografischer Beitrag zur sorbischen Geschichte, Bautzen 2002, S. 103.

19 SKA D I 10 B, Forderung beim Ministerium für Volksbildung in Dresden zwecks Anstellung eines wendischen katholischen Lehrers durch die Elternschaft in Cunnewitz, 7. 4. 1936.

20 Ebenda, Protest der Domowina gegen den Einsatz sorbischer Lehrerabsolventen an Schulen im deutschen Sprachgebiet, 10. 4. 1935.

tiert, indem diese den Schulleitern die Anweisung erteilte, die Fragebögen unausgefüllt zu lassen.[21]

Auch die Provokationen regionaler NS-Vertreter gegenüber sorbischen Lehrkräften verschärften sich Mitte der dreißiger Jahre, wie etwa die Entwicklung an der Schule in Radibor zeigt. Hier waren fünf sorbische und nur ein deutscher Lehrer angestellt, eine für das Kultusministerium nicht zu akzeptierende Konstellation. Daher wurde angewiesen, die Schule von den regionalen Partei- und Staatsvertretern beobachten zu lassen. In diesem Zusammenhang berichtete der Jungvolk-Führer von Radibor, Benno Ebermann, ein im Jahr 1934 in diesen Ort versetzter deutscher Lehrer, mehrfach an die regionalen Schulinstanzen: „Seit längerer Zeit beobachten wir mit Besorgnis die schulischen Zustände in Radibor. An dieser katholisch-wendischen Schule wirken bekanntlich die beiden als radikale Wenden bekannten Lehrer Nauke und Andritzki, von denen letzterer noch zugleich Schulleiter ist. Auch von den übrigen vier Lehrern, die alle ständig sind, sind drei (einschließlich einer Lehrerin) Wenden und nur einer (Lehrer Ebermann) Deutscher. Seit Beginn unserer Arbeit in Radibor haben wir darunter zu leiden, dass die Lehrer Nauke und Andritzki sich in keiner Weise positiv für unsere Arbeit einsetzen.“[22] Außerdem wurde den sorbischen Lehrern eine allgemeine politische Opposition zum NS-Staat vorgeworfen. Ebermann versuchte an der Schule in Radibor Basisgruppen nationalsozialistischer Kinder- und Jugendorganisationen einzurichten. Dabei wurde er behindert vom Ortspfarrer Józef Nowak und den oben erwähnten sorbischen Pädagogen, wie ein weiterer Vertreter des Deutschen Jungvolks feststellte: „Lehrer Ebermann, der das Deutsche Jungvolk in Radibor führt, genießt unser und seines Ortsgruppenleiters volles Vertrauen. Er wird aber dafür von Personen, die nicht festgestellt, sondern nur vermutet werden können, auf alle Art in Radibor verleumdet und schlechtgemacht. […] Der Jungvolkstand in Radibor ist unter Ebermanns Führung zunächst bis auf 33 von 64 Jungen angewachsen, aber im August unter dem sichtbaren Einfluss der Hetze des politischen Katholizismus, der Hand in Hand mit dem radikalen Wendentum arbeitet, wieder auf 29 gesunken. […] Im Ganzen betrachtet sind die schulischen Verhältnisse in Radibor untragbar. Ein Wandel kann und wird erst dann eintreten, wenn eine Umgestaltung im dortigen Lehrerkollegium eingetreten ist.“[23] Probleme bei der Werbung für das Jungvolk bzw. die HJ gab es auch in Ralbitz, Amtshauptmannschaft Kamenz. Dort hatte der verantwortliche Ortsgruppenleiter eine Gruppierung des Jungvolks mit 39 Mitgliedern gegründet. Kurz darauf wurde vom Ortspfarrer Jakub Žur eine sorbische katholische Formation ins Leben gerufen, sodass die Mitgliedschaft im Jungvolk stark gesunken war.

Wie in Radibor und Ralbitz wurden weitere Schulen im sorbischen katholischen Siedlungsgebiet kritisiert, da zu wenige Kinder den gegründeten NS-Jugendorganisationen angehörten: „Die Führer der Marschgefolgschaften der Rudolf Schröter Schule haben einmütig festgestellt, dass die Kirche in dieser Gegend (katholische Wendei) den ‚wendischen Nationalismus‘, d. h. die wendische Eigenbrödelei, heimlich fördert, und dass das vorhandene Lehrpersonal in den Schulen zwar ‚korrekt‘, aber nicht positiv zu unserer Arbeit steht.“[24] Auch in Crostwitz und Panschwitz zeigten sich Schwierigkeiten

---

21 Vgl. Bresan: Pawoł Nedo, S. 103.

22 SäHStA, Außenstelle Bautzen, W XVI 3 D, Bl. 20–23, Bericht des Deutschen Jungvolks an den Bezirksschulrat in Bautzen betr. schulische Zustände in Radibor, 24. 9. 1935.

23 Ebenda.

24 PAAA, Kulturabteilung (IV) – Minderheiten. Wenden in Deutschland R 60516, Vertraulicher Bericht des Amtshauptmanns zu Bautzen zur Wendenbewegung (Schulwesen), 12. 2. 1936.

bei der Gründung von NS-Einheiten. Zu Problemen führte mehrfach die Verweigerung des Hitlergrußes durch einige der Priester, die in den Schulen den Religionsunterricht erteilten. Die Anwendung des von Hitler eingeführten Deutschen Grußes war schon 1933 als „Symbol der Führerverehrung und als äußeres Zeichen der Verbundenheit des Volkes mit seinem Führer und Reichskanzler" insbesondere in Behörden und Schulen angeordnet worden.[25] In den Stimmungsberichten der NSDAP-Ortsgruppen wurde daher immer wieder über solche Vorfälle der Verweigerung informiert: „Im Herbst 1933, also zur Zeit des Beginns der hiesigen Jungvolkgründung, hielt Pater Gerhard vom Kloster St. Marienstern die ihn vorschriftsmäßig mit ‚Heil Hitler' grüßenden Jungen auf der Straße an und verlangte von ihnen, dass er nicht mit ‚Heil Hitler', sondern mit ‚Gelobt sei Jesus Christus' zu grüßen sei. Gelegentlich einer öffentlichen, seitens der Kirche aufgezogenen Jugendveranstaltung im Gasthof Panschwitz hat derselbe Pater Gerhard einen Jungen des Jungvolks vom Saal gewiesen, weil er in Uniform gekommen ist. Er hat ihn nachher wieder heraufholen lassen. Im Saal hat er einem mit ‚Heil Hitler' grüßenden Jungen das Käppi vom Kopf genommen und sich den kirchlichen Gruß erbeten."[26]

Darüber hinaus war es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Jugendgruppen gekommen. In Radibor störten Mitglieder der HJ die Zusammenkünfte der sorbischen katholischen Sportjugend. Um die Jugendlichen zu schützen, verlegte der Pfarrer die Treffen vom Schulhof in den Kirchgarten. Trotzdem konnten nicht in jedem Fall kämpferische Auseinandersetzungen verhindert werden. Auf dem Nachhauseweg wurden die Mitglieder der katholischen Formation gestellt. Nachdem es den Hitlerjungen gelungen war, ihre Rivalen zu überwältigen, entfernten sie mit dem Messer aus deren Sporthemden die Symbole der katholischen Jugend. Ähnliche Konflikte sind aus anderen Orten überliefert. Am 7. August 1935 wurde in Crostwitz eine HJ-Formation aus Räckelwitz von einigen Jugendlichen des Ortes verhöhnt und beim Singen deutschnationaler Lieder gestört. In regionalen und überregionalen Zeitungen wurde dieses Ereignis als eine antistaatliche Provokation sorbischer katholischer Jugendlicher gewertet. Überschriften wie „Hitlerjungen in Crostwitz angegriffen", „Jungkatholiken provozieren Hitlerjugend" oder „Kapläne verhetzen katholische Jugend" lassen die Absicht der deutschen Medien erkennen, vor allem der katholischen Kirche die Schuld an derartigen Aktionen zu geben: „In der Gegend von Kamenz gibt es einige Ortschaften, die besonders in letzter Zeit dadurch aufgefallen sind, dass es durch katholische Organisationen gelegentlich zu kleinen Zwischenfällen kam. Man hat sie bisher nicht beachtet, weil man glaubte, dass auch in diesen Kreisen allmählich die Erkenntnis kommen müsse, dass die versteckte Zentrumsarbeit bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung sich nicht durchsetzen kann. Am 7. August hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet, der beweist, dass die Leiter der katholischen Organisationen weiter mit ihrer versteckten Hetze gegen den Staat fortfahren. Die Sache liegt hier umso schlimmer, weil in diesem Fall die HJ, also die Staatsjugend selbst, angegriffen wurde."[27] Die NS-Behörden nutzten die Ereignisse in Crostwitz, um gegen die sorbischen katholischen Vereine und die Pfarrer vorzugehen. Im November 1936

---

[25] Vgl. Helbing: Die preußisch-deutsche Schulpolitik gegenüber der polnischen Minderheit, S. 223.

[26] SäHStA, Außenstelle Bautzen, W XI 1 C, Stimmungsbericht der NSDAP-Ortsgruppe Crostwitz, 24. 6. 1934.

[27] Hitlerjungen in Crostwitz angegriffen, in: Sächsische Volkszeitung (11.8.1935) 184.

verbot das Schulamt in Kamenz den sorbischen Pfarrern jegliche Werbung für die katholischen Jugendorganisationen.[28]

Bei den Sorben wurde deutlich, dass sich die Restriktionen des Staates zunehmend gegen die katholische Kirche richteten. Die Einwohner erwiesen sich gegenüber der offiziellen Ideologie als besonders resistent und den Behörden gelang es faktisch nicht, in dieses geschlossene Milieu einzudringen. Zu Konflikten führten die unbefriedigende Mitarbeit der Bevölkerung in Parteien und Organisationen und nicht zuletzt die mangelnde Beteiligung der Kinder in den nationalsozialistischen Jugendorganisationen. Die Gründe dafür lagen auch in den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche in der Frage der Jugendarbeit. Im sorbischen evangelischen Siedlungsgebiet traten die Konfliktfelder weniger scharf in Erscheinung. Ein Großteil der Schülerschaft konnte schon bis Ende 1936 für die HJ, den BDM oder das Jungvolk gewonnen werden. Dies wurde in internen Berichten als „erfolgreiche Eingliederung der (evangelischen) Wenden in die Volksgemeinschaft" gewertet.

Gerade gegen die Tendenzen einer völligen Einordnung in das NS-Gefüge hatte sich die Domowina gewehrt. 1934 hatte sich die Organisation zur Aufgabe gestellt, das sorbische nationale Bewusstsein zu stärken, um den Fortbestand der Minderheitenkultur zu sichern. Dabei sollten der Jugend- und Studentenarbeit besondere Anstrengungen gewidmet werden. Die sorbischen katholischen Vereine existierten wie gehabt und wurden zur religiösen und nationalen Identitätsbildung genutzt. Auf der evangelischen Seite war es jedoch nach der Selbstauflösung des sorbischen Sportverbands „Sokoł" zu Einbrüchen in der Jugend- und Sportbewegung gekommen. Die ca. sieben sorbischen evangelischen „Sokoł"-Gruppen hatten nach 1933 ihre Aktivitäten fühlbar eingeschränkt. Pawoł Nedo versuchte diesen Tendenzen zu begegnen und unterstützte die Bildung neuer nationaler Jugendgruppen innerhalb der Domowina. Zunächst entstanden solche sorbischen Einheiten in Rackel, Hochkirch, Königswartha und Milkel. Doch die Amtshauptmannschaft Bautzen legte dem Vorsitzenden der Domowina im September 1935 nahe, die Verbände wieder aufzulösen. Nachdem er dieser Anordnung nicht gefolgt war, drohte die Behörde mit restriktiven Maßnahmen. Als sich die Lage weiter zuspitzte, mussten die Jugendabteilungen der Domowina im Verlauf des Jahres 1936 aufgegeben werden.[29] Um die Studierenden für die sorbischen Angelegenheiten zu sensibilisieren, wurden Weihnachten 1934 in Schleife und im Juli 1935 in Lohsa Studentenlager veranstaltet. Doch auch diese Initiative fand die Missbilligung der Behörden und die Bautzener Amtshauptmannschaft empfahl, „von der Wiederholung solcher Lager Abstand zu nehmen".[30]

Die Domowina engagierte sich besonders intensiv in schulpolitischen Angelegenheiten. „Im April 1935 verfassten die führenden Vertreter der Sorben auf der Grundlage einer Besprechung im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern in Berlin am 16. Februar 1935 ein Memorandum zur volkstumspolitischen Lage nebst Vorschlägen zu ihrer Änderung. Gefordert wurde eine einheitliche Regelung der schulischen Fragen für Sachsen und Preußen, die Rückversetzung von Lehrern sorbischer Abstammung in das sorbische Sprachgebiet und die Einführung von obligatorischem Sprachunterricht

---

28 Měrćin Salowski: Kak su katolikojo, wosebje katolscy Serbja, na politiku nacionalsocializma reagowali, in: Rozhlad 46 (1996) 7/8, S. 262–266, hier: S. 265.

29 Vgl. Bresan: Pawoł Nedo, S. 86–88.

30 SKA D I/10 A, Bl. 55. Zitiert nach Bresan: Pawoł Nedo, S. 90.

für Kinder sorbischer Eltern sowie die Bildung eigener Jugendverbände."[31] Für den sorbischen Unterricht wurde ein einheitlicher Stundenplan empfohlen. Die weiteren Vorschläge bezogen sich auf die Lehrerausbildung, indem Sorbisch-Lektorate an den Universitäten eingerichtet sowie der gültige Numerus clausus für sorbische Pädagogik-Studenten aufgehoben werden sollten. Ein weiterer Antrag erging an die Reichsregierung, in welchem die Zusammenfassung des sorbischen Siedlungsgebiets innerhalb eines Reichsgaus in Vorschlag gebracht wurde.[32] Doch die Adressaten reagierten nicht auf die sorbischen Memoranden. In der Wendenabteilung hatte man die Erfüllung der Wünsche schon von vornherein als „äußerst bedenklich" bewertet. Den Beamten erschien es jedoch angebracht, „kleine Wünsche […] eventuell auch im Wege einer Ausnahmebewilligung zu erfüllen, schon um bei den späterhin wahrscheinlich erforderlichen Verhandlungen und Aussprachen mit den wendischen Führern feststellen zu können, dass die Regierung sich an die von ihr abgegebenen Erklärungen gehalten und die im Rahmen dieser Erklärungen liegenden wendischen Wünsche ohne weiteres erfüllt hat."[33]

Bis Mitte 1936 hielten die Behörden aufgrund der Empfehlung des Auswärtigen Amtes Berlin daran fest, den Prozess der Verdeutschung der Sorben nur vorsichtig, vor allem ohne Aufsehen erregende Aktionen zu fördern: „Vor allem solle man davon absehen, offen und mit Gewalt gegen kulturelle Einrichtungen der Wenden vorzugehen, da sie eben vom Auslande als Minderheit angesehen und ihre schlechte Behandlung nachteilige Rückwirkungen auf die deutschen Volksgruppen im Auslande zeitigen würden."[34] Doch das Auswärtige Amt hatte inzwischen die Initiative in der Behandlung dieser Angelegenheit an das Reichs- und Preußische Ministerium abgeben müssen. Es konnte nur noch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Reichs- und Länderbehörden inzwischen gegen die Vorstellungen im Auswärtigen Amt entschieden hatten: „In der Wendenfrage vertreten das Reichsministerium des Innern und die sächsischen Staatsstellen den Standpunkt, dass die wendische Bevölkerung lediglich als ein sich nur durch die Sprache unterscheidendes Glied der deutschen Volksgemeinschaft zu beurteilen ist. […] Die genannten Stellen sind in ihrer Wendenpolitik daher bestrebt, die Wenden als Stamm im Rahmen des deutschen Volkes zu behandeln und ihnen Minderheitenrechte grundsätzlich abzusprechen."[35]

Die Strategie bestand darin, die Existenz eines besonderen Volkstums in der Lausitz zu leugnen. Daher sollten die Sorben in den Medien, bei kulturellen Veranstaltungen, aber auch im Schulunterricht nicht mehr gesondert behandelt werden. Nachdem die Bezirksschulräte zwischen 1935 und 1937 mehrfach in dieser Sache unterrichtet wurden, erfolgte Anfang 1938 folgende vertrauliche Anweisung: „Die Schulausstellungen, die von den Volksschulen veranstaltet werden, geben mir Veranlassung darauf aufmerksam zu machen, dass bei der Darstellung der Sächsischen Heimat eine besondere Her-

---

31 Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht, S. 85.

32 Vorschlag zur Zusammenfassung des Volkstumsgebiets innerhalb eines Reichsgaues, Bautzen 1935, in: Kulturwehr [Berlin] 11 (1935), S. 649–657, Dokument II, S. 655–657.

33 Reaktion auf ein Gesuch der Domowina vom 23. 2. 1935 um eine Zulassung zum Lehramt, Amtshauptmannschaft zu Bautzen an die Sächsische Staatskanzlei, 4. 3. 1935. Zitiert nach Bresan: Pawoł Nedo, S. 104.

34 Zitat nach Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht, S. 83.

35 PAAA, Kulturabteilung (IV) – Minderheiten, Wenden in Deutschland R 60516, Bl. 323–325, Richtlinien für die Sitzung in der Minderheitenfrage in Dresden am 7. 4. 1936, Berlin 6. 4. 1936.

vorhebung der gemischtsprachigen Bevölkerung der Lausitz als unerwünscht bezeichnet werden muss [...]. Die gemischtsprachige Bevölkerung der Lausitz stellt keine Minderheit eines fremden Volkes dar. Es handelt sich bei ihr vielmehr um Deutsche, die unterschiedslos mit allen anderen deutschen Stämmen in der Volksgemeinschaft verschmolzen sind. Eine besondere Betonung ihrer Eigentümlichkeiten widerspricht dieser grundsätzlichen Auffassung und ist, wie schon allein die Verwendung der Ausdrücke Wenden und Wendei, nur geeignet, unrichtige Vorstellungen zu erwecken."[36]

Grenzkampferfahrene Einrichtungen, wie der Bund Deutscher Osten (BDO), konnten ab 1935 ihre Positionen in der Lausitz ausbauen. Weitere NS-Organisationen wie „Kraft durch Freude", NS-Kulturgemeinde, Turn- und Gesangvereine entfalteten im zweisprachigen Gebiet ihre Tätigkeit. In den Schulen sollten „nationalsozialistisch zuverlässige" und im „Volkstumskampf" besonders ausgebildete Lehrer eingesetzt werden. Als „Ehrengabe an das kämpfende Deutschtum an der Grenze" richtete der BDO deutsche Kindergärten in zweisprachigen Ortschaften ein.[37] Mit seiner Tätigkeit trug der Bund wesentlich zur Radikalisierung der antisorbischen Politik nach 1935 bei. Auf den Veranstaltungen wurden die Sorben öffentlich in grober Form unter rassistischem Gesichtspunkt diffamiert und die ethnische Eigenständigkeit des sorbischen Volkes bestritten.[38] Gerade die Domowina war der zunehmenden antisorbischen Propagandatätigkeit des BDO ausgesetzt. Obwohl weiterhin darauf geachtet werden sollte, die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, verschärften sich die Maßnahmen gegenüber den Sorben. Ende 1936 wurde am städtischen Gymnasium in Bautzen der fakultative Sorbisch-Unterricht eingestellt, an dem zuletzt 40 Schüler teilgenommen hatten.[39]

Das Vorgehen der deutschen Instanzen gegenüber den Sorben provozierte erneut besorgte Stimmen aus dem Ausland. Anders als 1933 meinte das Deutsche Reich keine Rücksicht mehr zu nehmen zu müssen und ließ den örtlichen Instanzen freie Hand, mit Hilfe des BDO die Deutschtumsarbeit in den sorbischen Gebieten voranzutreiben.[40] 1937 erreichten die antisorbischen Maßnahmen eine neue Dimension. Die Domowina hatte es abgelehnt, sich als Bund wendisch-sprechender Deutscher zu deklarieren. Daraufhin wurden im März des gleichen Jahres alle Veranstaltungen und Versammlungen der Domowina und der ihr angeschlossenen Vereine verboten.

Schon Anfang 1937 wurde im Auftrag des sächsischen Kultusministeriums eine Liste sorbischer Pädagogen erstellt, die für eine dienstliche Versetzung in Frage kamen. Damit hoffte man den Schulen die Lehrkräfte zu entziehen, die sich „in besonderer Weise für das Wendische engagieren". In diesem Zusammenhang ergänzte der amtierende Bautzener Schulrat Unterstab: „Meiner Ansicht nach ist es unbedingt erforderlich, dass in dieser Gegend ein großzügiger Lehrerwechsel stattzufinden hat, denn neben den Schulleitern, die als Wenden gelten, gibt es noch eine Menge anderer Lehrer, deren Zahl ich habe noch nicht genau feststellen können, die auch zum Wendentum gerechnet werden. Ich habe bereits beantragt und bitte die zuständigen Stellen, diesen Antrag durch-

---

36 SäHStA, Außenstelle Bautzen, W IV 2 C, Vertrauliche Anweisung der sächsischen Staatskanzlei zur Nichtbeachtung wendischer Themen im Schulunterricht, 8. 4. 1938.

37 Martin Kasper: Sorbische Sprache und Kultur unter dem Hakenkreuz, in: Karin Bott-Bodenhausen (Hg.): Unterdrückte Sprachen. Sprachverbote und das Recht auf Gebrauch der Minderheitensprache, Frankfurt am Main 1996, S. 105–115, hier: S. 108.

38 Vgl. Frank Förster: Die Wendensicht des Bundes Deutscher Osten, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 68 (1997), S. 243–250.

39 Vgl. Bresan: Pawoł Nedo, S. 104.

40 Ausführlicher dazu Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht, S. 88.

zuführen, dass als erstes versetzt werden aus Radibor Lehrer Nauke, der Lehrer Kubasch und die Lehrerin Wels, die als fanatische Wenden und Katholiken zu bezeichnen sind. Weiter der Lehrer Nedo aus Rackel, der der Führer der Domowina ist und als solcher eine Tätigkeit entfaltet, die man schon beinah als staatsgefährlich bezeichnen kann. […] Es wäre schon im Interesse der Staatsautorität dringend erforderlich, dass diese Versetzung endlich durchgeführt wird."[41] Weiterhin kritisierte er die bisherige Nationalitätenpolitik in Sachsen, durch die seiner Meinung nach dem Sorbischen in der Schule zu viel Raum geboten worden war. Um der deutschen Sprache unter den Schülern zum Durchbruch zu verhelfen, schlug er eine grundlegende Änderung in der Schul- und Vorschulerziehung vor: „Wir müssen in diesem Gebiet das Kind im vorschulpflichtigen Alter erfassen. Dazu gehört, dass wir in diesem Gebiet soviel als möglich nationalsozialistische Kindergärten, geleitet von zuverlässigen, willensstarken NS-Schwestern, errichten. Als Grund dafür ist anzuführen, dass die Bevölkerung, die meistens Landwirtschaft betreibt, sich um ihre Kinder nicht genügend kümmern kann und dass man den Frauen, die stark mit Feld- und landwirtschaftlicher Arbeit belastet sind, die Sorge um ihre Kleinkinder abnehmen will. Geht das Kleinkind durch diese nationalsozialistischen Kindergärten, dann hat es, auch wenn die Eltern in der Hauptsache wendisch zu Hause sprechen, beim Schuleintritt schon einen großen deutschen Wortschatz, sodass bereits vom Schulbeginn an planmäßig die deutsche Sprache betrieben werden kann. Jeder Lehrer, auch der, der nicht guten Willens ist, ist gezwungen, dann die deutsche Sprache von Schulbeginn an zu benutzen."[42]

Im März und April 1937 kam es auf der Grundlage der erwähnten Liste zu Versetzungen sorbischer Pädagogen an deutsche Schulen. Davon betroffen waren vor allem Einrichtungen, in denen mehrere sorbische Lehrer tätig waren, wie in Radibor. Die dort wirkenden sorbischen Lehrer Michał Nawka[43], Jurij Kubaš und Hańža Welsec bekamen vom Kultusministerium als neues Betätigungsfeld Schulen in Westsachsen zugewiesen, sodass vor Ort nur noch zwei, ab 1938 schließlich nur noch ein sorbischer Pädagoge verblieb. Pawoł Nedo, damals Lehrer in Rackel, sollte dagegen ab 1. April 1937 eine Stelle in der Nähe von Hannover antreten. Er schlug dieses Angebot aus und quittierte den Schuldienst. Im Frühjahr 1937 wurden weitere im sorbischen Kulturleben aktiv tätige Lehrer versetzt. Dazu zählten u. a. der Lehrer und Dirigent sorbischer Chöre Pawoł Jenka aus Malschwitz sowie Jurij Wjela, Lehrer in Hochkirch, der zudem ein anerkannter sorbischer Dramatiker war.[44] In Radibor und Hochkirch hatte die Versetzung der Lehrkräfte zu erheblicher Unruhe in der Bevölkerung geführt. Allein aus der Gemeinde Hochkirch ergingen an den Amtshauptmann in Löbau zwölf Protestbriefe mit der Forderung um Rückversetzung des Lehrers Jurij Wjela.[45] Ähnlich reagierten die Bürger in Radibor. Auch in der sorbischen Presse erschienen kritische Kommentare zu

---

41 SäHStA, Außenstelle Bautzen, Amtshauptmannschaft Bautzen W IV 2 C, Vorschläge zur Behandlung des wendischen Schulwesens in Sachsen durch den Bezirksschulrat von Bautzen, 12. 3. 1937.

42 Ebenda.

43 Genaueres zur Biografie Michał Nawkas findet sich bei Zbigniew Kościów: Michał Nawka 1885–1968, Bautzen 1996. Zu seinem Wirken unter literaturgeschichtlichem Aspekt siehe Dietrich Scholze: Stawizny serbskeho pismowstwa 1918–1945, Bautzen 1998, S. 71–88.

44 Zu Jurij Wjela ausführlicher bei Scholze: Stawizny serbskeho pismowstwa, S. 127–134.

45 SKA MS XIX 9 D, Protestschreiben sorbischer Bürgermeister und Bürger an den Amtshauptmann zu Löbau betreffs der Versetzung des sorbischen Lehrers Wehle aus Hochkirch, März 1937.

den staatlichen Maßnahmen. Außerdem griffen tschechische, polnische und französische Zeitungen dieses Thema auf. Zwischen 1933 und 1937 waren ca. 30 sorbische Lehrer versetzt bzw. vorzeitig pensioniert worden. Die freien Stellen wurden in der Regel mit Deutschen besetzt. Seit 1937 wurden außerdem fast alle sorbischen Lehramtsabsolventen außerhalb der Lausitz angestellt, insbesondere jene, die in nationaler Hinsicht als problematisch eingestuft wurden: „Nach dem abschriftlich beifo[l]genden Schreiben des Bundes Deutscher Osten Landesgruppe Sachsen vom 20. Februar 1937, auf das im einzelnen Bezug genommen wird, befinden sich zur Zeit an der Hochschule für Lehrerbildung in Leipzig die wendischen Studenten Kockel und Schulze, die voraussichtlich in nächster Zeit dort ihre Prüfungen ablegen werden. Da bei Kockel und Schulze auch in Zukunft mit wendenpolitischer Betätigung gerechnet werden muss, bitte ich, von ihrer Verwendung im sächsischen Schuldienste als Probelehrer überhaupt – ganz abgesehen vom gemischtsprachigen Gebiete – Abstand zu nehmen.“[46]

Das Verdrängen der sorbischen Sprache aus der Schule erfolgte nun mit noch radikaleren Methoden. Schon ab der ersten Klasse sollte ausschließlich in Deutsch unterrichtet werden. Ein Großteil der Lehrer hielt sich an diese Anweisung, indem sie nur noch die deutsche Lesefibel verwendeten. Es gab aber auch einige Pädagogen, die weiterhin sorbisches Unterrichtsmaterial nutzten.[47] Doch die Situation spitzte sich zu, als im Januar 1938 das sächsische Übergangsschulgesetz durch eine Reichsschulverordnung ersetzt wurde. Darin war der Sorbischunterricht nicht mehr vorgesehen. Die sorbische Sprache wurde zwar nicht öffentlich verboten, sollte aber von Lehrern und Pfarrern, die zum Teil noch den Religionsunterricht erteilten, auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Um dieser Verfügung Nachdruck zu verleihen, wurde Anfang 1938 an den Schulen das sorbische Unterrichtsmaterial, etwa sorbische Lesefibeln und Gesangbücher, eingezogen, anschließend eingestampft oder zur Zwischenlagerung nach Dresden verbracht. Dabei ging die SA mit wirkungsvoller Gewalt vor, indem die sorbischen Lehrer vor den Schülern verhöhnt bzw. sorbische Lehrbücher zerrissen wurden. Außerdem wurden unter Berufung auf das Reichsflaggengesetz das Zeigen der blau-rot-weißen Fahne und das Intonieren oder Singen der sorbischen Hymne untersagt.[48] In den folgenden Wochen und Monaten fanden geheime Visitationen statt bzw. es wurde von Informanten vor Ort beobachtet, inwieweit Pfarrer und Lehrer die sorbische Sprache in Kirche und Schule noch anwendeten. Dabei konnte der Bautzener Amtshauptmann zufrieden konstatieren, dass die bisher vielerorts übliche sorbische Konfirmation im Kreis Bautzen sehr stark zurückgegangen war. 1938 wurden einige weitere sorbische Lehrer versetzt. Im Höchstfalle durfte an den zweisprachigen Schulen ein sorbischer Pädagoge verbleiben, viele Einrichtungen hatten gar keine sorbischen Lehrer mehr. Mit Hilfe weiterer administrativer Veränderungen sollte besonders das zweisprachige Schulwesen in den katholischen Gemeinden beschränkt werden. Dies betraf u. a. die Schule in Crostwitz. Im Oktober 1937 wurden 99 Schüler aus den Orten Jeßnitz bei Neschwitz, Neu-Jeßnitz, Lauske, Puschwitz und Neu-Puschwitz, die bisher die Schule in Crostwitz besucht hatten, ausgeschult. Sie mussten fortan die deutsche Schule in Puschwitz besuchen. Eine Ausschulung von Schülern wurde auch in Radibor und Sdier

---

46 SäHStA, Außenstelle Bautzen, SKA W XVI-1/A, Bl. 49, Wendische Lehramtsanwärter für das zweisprachige Gebiet, 23. 2. 1937.

47 Jurij Kubaš-Worklečan: Před 20 lětami, in: Serbska šula 10 (1957) 11.

48 Vgl. Kasper: Sorbische Sprache und Kultur unter dem Hakenkreuz, S. 109.

vorgenommen. Am Jahresende 1938 wurde den sorbischen Geistlichen zudem untersagt, in der Schule den Religionsunterricht zu erteilen.[49]

Ende 1937 war es in der katholischen Lausitz zu einem „Kreuzkampf" gekommen. In Crostwitz entfernte der (deutsche) Schulleiter Ende 1937 das Kreuz, um an dessen Stelle ein Hitler-Bild anzubringen. Sorbische Einwohner protestierten gegen diese Verfahrensweise, da sie darin eine Missachtung des Konkordats erkannten.[50] Auch von Radibor ist ein Kruzifixstreit überliefert. Nachdem der Schulleiter die Kreuze entfernen ließ, wurden diese von einigen Anwohnern wieder angebracht. Einen Tag später mussten sie endgültig in allen Klassenräumen abgenommen werden. Auch in weiteren katholisch geprägten Regionen Deutschlands war es in der NS-Zeit zu Kreuzkämpfen gekommen.

Neben der verstärkten Einschränkung der sorbischen Sprache in der Schule sollte das gesamte Kulturleben der Sorben eingestellt werden. „Als am 16. August 1937 der sorbische Student Jurij Měrćink beim Überschreiten der deutsch-tschechoslowakischen Grenze durchsucht, bei ihm Flugblätter der Domowina aufgefunden wurden, war dies der Geheimen Staatspolizei willkommener Anlass, am 25. August 1937 das Wendische Haus in Bautzen zu besetzen, Dr. Jan Cyž als Inhaber der sorbischen Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung zu verhaften und in das Polizeipräsidium in Dresden zu verbringen."[51] Nachdem am 21. Januar 1938 auch Skala festgenommen worden war und zusammen mit Dr. Cyž und Měrćink wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt werden sollte, riet das Reichsministerium des Innern von solchen radikalen Maßnahmen dringend ab. Der Volksgerichtshof Berlin stellte daraufhin am 1. Juni 1939 das Verfahren in der Strafsache Skala, Dr. Cyž und Měrćink wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein. Der Angeklagte Skala wurde aus gesundheitlichen Gründen bereits am 26. Oktober 1938 aus der Schutzhaft entlassen, bald darauf auch Dr. Jan Cyž. Měrćink allerdings überstellte die Gestapo in das KZ Sachsenhausen.[52]

Die Machtkonsolidierung der Nationalsozialisten war in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre endgültig abgeschlossen und hatte sich deutlich auf das Schulwesen ausgewirkt. Es begann sich nun viel stärker die Reichsschulpolitik durchzusetzen und die Handlungsspielräume der Länder verkleinerten sich. Das bedeutete, dass die preußischen Strukturen stärker als je zuvor für das deutsche Schulsystem im gesamten Reich maßstabsetzend wurden. Noch vor der Zentralisierung der amtlichen schulpolitischen Zuständigkeiten wurden die Führungspositionen in den Unterrichtsbehörden mit Nationalsozialisten, der Partei nahestehenden Männern und opportunistischen Karrieristen neu besetzt. Es begann zudem ein Prozess der Überprüfung aller Beamten in den Unterrichtsbehörden und Schulen. Dabei kam es zu Reglementierungen von Lehrern und Verwaltungsbeamten, die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten oder Haltungen verdächtigt wurden, keine systemloyalen Staatsbediensteten zu sein. Auch im zweisprachigen Gebiet waren Entlassungen, Degradierungen, Versetzungen sowie vorzeitige Pensionierungen ein beliebtes Mittel zur Disziplinierung der verbliebenen Lehrer. Bei den Schulleitungen wurden Personalveränderungen häufiger und früher als bei den Lehrern vorgenommen. So kam es bis 1938 zur Abberufung fast aller sorbischen Schulleiter. Dieser Prozess, der eine massive Einschüchterung der Lehrerschaft bewirkte, wurde

---

49 Salowski: Kak su katolikojo, S. 265.
50 Ebenda.
51 Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht, S. 92.
52 Ebenda, S. 92 f.

begleitet durch weitere Erlasse zur Umorientierung des Unterrichts. Auch die sorbischen Lehrer sollten in die nationalsozialistischen Strukturen eingebunden werden. In der Regel wurde ihnen, sofern sie weiter in der zweisprachigen Lausitz verbleiben wollten, der Eintritt in die NSDAP nahe gelegt.

Seit Mitte der dreißiger Jahre wurde außerdem damit begonnen, den traditionell großen Einfluss der Kirche auf die Schule zu beschneiden: durch die Verdrängung von Geistlichen aus den Schulen und die Übertragung des Unterrichts an normale Lehrkräfte, die Erleichterung der Abmeldung von Schülern aus dem schulischen Religionsunterricht, die Abschaffung von religiösen Feiern und gemeinsamen Gottesdienstbesuchen sowie das quantitative Reduzieren des Religionsunterrichts.[53] Als in einigen Schulaufsichtsbezirken aufgrund einer Verordnung des sächsischen Volksbildungsministeriums vom 18. Dezember 1938 die Einführung eines „interkonfessionellen Religionsunterrichts“ angeordnet wurde, mussten Eltern, die aus Protest ihre Kinder davon abmeldeten, Geldstrafen und Verhöre durch die Gestapo auf sich nehmen.[54] In der zweisprachigen Lausitz wurden derartige Vorfälle in Radibor und Crostwitz registriert und in den Akten festgehalten.

Zu einer weiteren Verschärfung führte die Jugenddienstverordnung vom 25. März 1939, die die zwangsweise Zuführung zum Dienst in der HJ durch die Polizei ermöglichte. Eine Bestrafung der Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder nicht dazu anhielten, ihren Verpflichtungen in der HJ nachzukommen, war in dieser Verordnung auch vorgesehen.[55] Zusammen mit den nationalen und sozialen Motiven bildeten religiöse Einstellungen einen der Gründe für die wachsende Ablehnung des Nationalsozialismus durch bestimmte Kreise der sorbischen Bevölkerung. Das Vorgehen gegen die Glaubensfreiheit verstärkte die Verweigerung zusätzlich. Der Artikel 23 des 1933 zwischen dem Vatikan und der Hitlerregierung abgeschlossenen Konkordats, der die Rechte der katholischen Bürger sichern sollte, wurde in der Praxis mehr und mehr missachtet. Der Druck gegen den Religionsunterricht, gegen die katholischen Jugendorganisationen und die katholische Presse verstärkte unter diesen Teilen der Bevölkerung die Ablehnung der nazistischen Diktatur. In der evangelischen Kirche sammelten sich die Gegner des Regimes im Widerstand gegen die Deutschen Christen. In Sachsen hatte sich die antinazistische Sammlungsbewegung in der Bekennenden evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens zusammengeschlossen. Ihr gehörten mehrere sorbische evangelische Pfarrer an, die auch in der nationalen Bewegung aktiv mitwirkten.[56]

Obwohl für die Domowina ein Betätigungsverbot bestand und das Erscheinen der „Serbske Nowiny“ 1937 eingestellt werden musste, war noch eine eingeschränkte sorbische Öffentlichkeit vorhanden. So konnten die Maćica Serbska und der katholische Cyrill-Methodius-Verein ihre Tätigkeit unter strengen Auflagen fortsetzen. Bis Juli 1939 war sogar die weitere Herausgabe der sorbischen katholischen Wochenzeitschrift „Katolski Posoł“ möglich. Doch 1941 wurden alle sorbischen kulturellen Einrichtungen

---

53 Bernd Zymek: Schulen, in: Dieter Langewiesche/Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band V: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989, S. 155–208, hier: S. 200.

54 Siehe Birgit Mitzscherlich: Das Bistum Meißen in der NS-Zeit, in: Clemens Vollnhals (Hg.): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, S. 143–154, hier: S. 151.

55 Vgl. Arno Klönne: Die Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen, Düsseldorf 1984, S. 24 ff. sowie Thamer: Verführung und Gewalt, S. 400 ff.

56 Vgl. Kasper: Sorbische Sprache und Kultur unter dem Hakenkreuz, S. 111.

und Organisationen liquidiert. In diesem Zusammenhang erfolgte das endgültige Verbot der Domowina. Darüber hinaus wurde das Vermögen der Maćica Serbska, des Cyrill-Methodius-Vereins und der Domowina konfisziert.[57]

Wie dieses Beispiel zeigt, erfuhr die Innenpolitik, so auch das Schul- und Bildungswesen, im Verlauf des Zweiten Weltkriegs eine weitere radikalisierende Veränderung. Die durch den Krieg veränderte psychologische Situation bot dafür beste Voraussetzungen. Die Gesellschaft war mobil geworden, Veränderungen im Innern konnten gegenüber der Lage an den Fronten nur noch wenig Aufmerksamkeit beanspruchen. Zu einer beispiellosen Terrorisierung, Entrechtung und Verdrängung war es bei jüdischen Schülern und Lehrern gekommen. Die Massendeportationen der jüdischen Bürger ab 1940 beendeten schließlich innerhalb kurzer Zeit das jüdische Schulwesen in Deutschland. Auch der Einfluss der Kirchen auf den Schulunterricht wurde während des Zweiten Weltkriegs weiter beschnitten, der Religionsunterricht an den Schulen auf ein Minimum eingeschränkt. Der seit 1938 systematisch vorbereitete Abbau bzw. die Verstaatlichung des traditionellen Privatschulsektors traf vor allem kirchliche Schulen. Doch ähnlich wie in anderen Bereichen zeigten sich auch im Schulwesen des Dritten Reichs viele Unklarheiten.[58] So konnte die geforderte Politisierung der Schule nicht ausreichend durchgesetzt werden. Außerdem gab es zahlreiche Abweichungen von der vorgegebenen ideologischen Linie. Im Jahr 1941 beispielsweise wurden die Schulbücher geprüft. Über die Lehrpläne für Biologie, denen doch eine große Bedeutung für die ideologische Orientierung zukam, urteilte die Parteikanzlei im Januar 1942, „dass weder eine einheitliche noch eine klare eindeutige weltanschauliche Zielsetzung in den bestehenden Lehrplänen für das Unterrichtsfach Biologie (Lebenskunde) gegeben ist".[59] Dieses Dilemma im Schulwesen verschärfte sich im Verlauf des Zweiten Weltkriegs. Nicht selten kam die autoritäre Anarchie, in der sich die totalitäre Bewegung aufzulösen begann, einzelnen Schulen zugute. Dies führte auch zu verschiedenartigen und sich teilweise widersprechenden Konzepten in Volkstumsangelegenheiten, wie die Sorbenfrage zeigt.

Über die Sorben konkurrierten unter NS-Wissenschaftlern bzw. -Vertretern zwei Thesen mit zum Teil entgegengesetzten Aussagen. Auf der einen Seite stand die Behauptung, dass die Sorben keine Slawen, sondern nur „wendisch-sprechende Deutsche" seien, woraus zu schließen war, dass sich radikale Maßnahmen gegenüber diesen erübrigen würden. Demgegenüber stützten namhafte Ostforscher die Ansicht, wonach die Sorben doch Slawen seien und daher „dieselbe rassische und menschliche Art" hätten wie die Polen. Letztere Meinung führte in der ersten Phase des Zweiten Weltkriegs zu einer Radikalisierung in der Sorbenfrage und zur Auffassung, dass eine rasche Lösung des Problems zu erfolgen habe. Auf dringendes Anraten des Reichsführers SS und Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, richtete am 26. September 1940 der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, an das Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung Berlin ein Schreiben, worin dieser feststellte: „Wenn auch heute eine politische Wendenbewegung nicht mehr vorhanden ist, so betreiben die Wenden doch noch eine

---

[57] Siehe Měrćin Völkel: K zakazowanju a censurowanju serbskich nowin, in: Lětopis 46 (1999) 1, S. 40–55, hier: S. 45 f. Vgl. dazu auch Scholze: Stawizny serbskeho pismowstwa, S. 238–240.

[58] Vgl. Harald Scholz: Schule unterm Hakenkreuz, in: Reinhard Dithmar [Hg.], Schule und Unterricht im Dritten Reich, Neuwied 1989, S. 1–20, hier: S. 8–11.

[59] Zitiert nach Harald Scholz: Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz, Göttingen 1985, S. 91.

rege Kulturarbeit (Sprachwissenschaft, Volkstumspflege, Kirche), die geeignet ist, eine endgültige Lösung des Wendenproblems zu verhindern. Als die führenden und aktivsten Elemente dieser Arbeit betätigen sich vor allem die wendischen Lehrer und Pfarrer, die mit ihren Erziehungsmethoden und starken Einflussnahme die Voraussetzungen für die wendisch-nationale geistige Grundrichtung der Wenden bestimmen und stets als Vertreter der wendischen Belange in den Vordergrund treten."[60] Beigefügt wurde eine Liste von weiteren neun Lehrern aus der Oberlausitz und sechzehn aus der Niederlausitz, denen durch eine dienstliche Versetzung, am zweckmäßigsten nach Westdeutschland, die Möglichkeit jeglicher volkstumspolitischen Aktivität genommen werden sollte. Nachdem bis 1939 rund 40 Lehrer insbesondere aus der sächsischen und preußischen Oberlausitz versetzt worden waren, sollten weitere verdächtige Lehrer ausgewiesen werden. Dabei handelte es sich nun besonders um Pädagogen aus der zweisprachigen Niederlausitz. Da sich in einzelnen Fällen Hoheitsträger der Partei für ein Verbleiben jener Lehrer, die innerhalb der Partei und ihrer Gliederungen tätig waren, eingesetzt hatten, hielt das Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung Berlin eine Rücksprache mit den entsprechenden Gauleitungen für erforderlich. Die Angelegenheit der Versetzung der sorbischen Lehrer wurde daher zunächst verschoben. Jedoch drängten regionale NS-Instanzen in Sachsen und Brandenburg auf eine baldige Versetzung der sorbischen Elite: „Auf Grund des der Staatspolizeistelle Frankfurt/Oder und dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-SD-Abschnitt Frankfurt (Oder) vorliegenden Materials (dessen kommissarischer Führer ich bin) bin ich in meinem Bericht vom 26. August 1940 zu dem Ergebnis gekommen, dass die Wendenfrage eine Sprachenfrage ist, die schnell gelöst werden kann, falls man die wendische Führerschicht aus dem wendischen Sprachgebiet versetzt. Vor allem tragen die wendischen Volksschullehrer dazu bei, den fortschreitenden Eindeutschungsprozess in der Wendei zu verhindern."[61] Im Jahr 1941 forderten sächsische und brandenburgische Stellen erneut in nachdrücklicher Form, die Versetzung angesichts der äußeren günstigen Umstände endlich zu verwirklichen. Doch eine Entscheidung wurde auf Veranlassung der Reichskanzlei weiter aufgeschoben.

Im Gegensatz zur Lehrerschaft kam es bei den sorbischen Pfarrern durch entsprechenden Druck auf die Kirchenhierarchie zu kurzfristigen Ausweisungen. Im Jahr 1940 wurden die meisten der katholischen sorbischen Pfarrer in deutsche Gemeinden versetzt oder wählten den Ruhestand. Ende 1940 übernahmen deutsche Franziskanerpatres aus Niederschlesien die vakanten Pfarrstellen.[62] Auf die evangelischen Geistlichen wirkten bereits seit Ende 1938 die örtlichen Instanzen dahingehend ein, den sorbischen Gottesdienst zugunsten des deutschen einzuschränken. Bis 1938 hatten in Sachsen noch in 21 evangelischen und in zehn römisch-katholischen Kirchen Gottesdienste in sorbischer Sprache stattgefunden.[63] Allen sorbischen Pfarrern, die sich widersetzten, drohte die

---

60 BLHA, Pr.Br.Rep.3 B Regierung Frankfurt (Oder), Abt. II Kirchen- und Schulwesen Nr. 61, Bl. 29–30, Chef der Sicherheitspolizei und des SD Berlin an Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung, Berlin 26. 9. 1940.

61 Ebenda, Antrag der Geheimen Staatspolizei auf Versetzung wendischer Lehrer in der Niederlausitz, September 1940.

62 Ausführlich dazu Tomasz Kowalczyk: Die katholische Kirche und die Sorben 1919–1990, Bautzen 1999, S. 86–95.

63 Kasper: Sorbische Sprache und Kultur unter dem Hakenkreuz, S. 112.

Ausweisung. Betroffen waren letztlich neben den katholischen auch elf evangelische sorbische Pfarrer, davon vier, die in sorbischen Gemeinden in Sachsen wirkten.[64]

Doch die Versetzung der 25 auf der Liste erfassten Lehrer kam nicht mehr zustande. Am 9. Januar 1942 traf direkt aus der Reichskanzlei Berlin das endgültige und überraschende Machtwort in dieser Frage ein: „Herr Reichsleiter Martin Bormann hat die Angelegenheit wegen der möglichen Auswirkungen dem Führer vorgetragen. Der Führer hat sich dahingehend geäußert, dass die Unruhe, die während des Krieges durch eine Versetzung wendischer Lehrer und Pfarrer nach Westdeutschland hervorgerufen werden würde, weit größer wäre als der Schaden, der bei einer Belassung in den jetzigen Stellungen eintreten könnte. Die Versetzung der wendischen Pfarrer und Lehrer soll daher bis nach dem Kriege zurückgestellt werden.“[65] Die beteiligten Partei- und Staatsstellen, insbesondere das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, waren über diesen Entschluss entsprechend verständigt worden. Im Hinblick auf die ersten entscheidenden Kriegsniederlagen an der Ostfront versuchte die deutsche Reichsregierung nun jede innenpolitische Auseinandersetzung zu vermeiden. Außerdem konnte die sorbische Lehrerfrage im Kriegszustand z. B. auch durch Einberufungen in die Wehrmacht gelöst werden. Die sorbischen Lehrkräfte standen unter Beobachtung der Gestapo und der ihr beigeordneten Instanzen. Ein verdächtigter Lehrer konnte allein aufgrund übermäßiger Verwendung des Sorbischen vor Gericht gestellt bzw. an die Front „versetzt“ werden. Aus der Phase 1941 bis 1943 finden sich in den Akten tatsächlich einige Nachweise von Prozessen und gerichtlichen Verfügungen aufgrund einer unverhältnismäßigen Anwendung des Sorbischen durch Lehrer.

Zu einer „endgültigen Lösung des Wendenproblems“ ist es im Dritten Reich nicht mehr gekommen. Jedoch hat das Sorbische in vielen evangelischen Gemeinden der sächsischen Oberlausitz durch die restriktiven Maßnahmen in Schulunterricht und Kirche seine Funktion als Kommunikationsmittel weiter verloren.

---

64 Trudla Malinkowa: Wuskutki nacionalsocializma na cyrkwinske žiwjenje ewangelskich Serbow w Sakskej, in: Rozhlad 46 (1996) 7/8, S. 267–271.

65 BA, Reichskanzlei – Wendenfrage R 43/II/1418b, Bl. 76f., NSDAP-Partei-Kanzlei München an Reichskanzlei Berlin, München 9. 1. 1942.